Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2789**
15. Wahlperiode 26. 03. 2004

Fragen

für die Fragestunde der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 31. März 2004

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Baumann, Günter (CDU/CSU)	9, 10
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	19, 20
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	11, 12
Blank, Renate (CDU/CSU)	49, 50
Blumenthal, Antje (CDU/CSU)	35, 52
Brüning, Monika (CDU/CSU)	33, 34
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	39, 40
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	23
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	4, 55
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	30, 31
Girisch, Georg (CDU/CSU)	24
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	53, 54
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	67, 68
Heinrich, Ulrich (FDP)	45, 46
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	15, 16
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	28, 29
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	47, 48
Kaupa, Gerlinde (CDU/CSU)	37, 38
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	65, 66
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU)	57, 58
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	61, 62
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	3, 25
Lenke, Ina (FDP)	5, 6
Lips, Patricia (CDU/CSU)	27
Löning, Markus (FDP)	43, 44
Mantel, Dorothee (CDU/CSU)	59, 60
Müller, Stefan (Erlangen) (CDU/CSU)	32, 51
Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	41, 42
Pau, Petra (fraktionslos)	36, 56
Pawelski, Rita (CDU/CSU)	21, 22
Petzold, Ulrich (CDU/CSU)	13, 14
Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	17, 18
Sehling, Matthias (CDU/CSU)	63, 64
Spahn, Jens (CDU/CSU)	1, 2
Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	7, 8
Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	26

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis sind die für den 26. März 2004 angekündigten Gespräche des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Sachsen zu einem möglichen Transport von Brennelementelagerbehältern von Rossendorf nach Ahaus gelangt?

2. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Ist nach dem derzeitigen Verfahrensstand damit zu rechnen, dass ein solcher Transport in 2004 durchgeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

3. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Welche Erwartung hat die Bundesregierung für das kommende Ausbildungsjahr an die Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage, und wie ist in diesem Zusammenhang die Reduktion von Plätzen im Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm Ost zu rechtfertigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

4. Abgeordneter **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung eine Änderung des § 126 Strafgesetzbuch, wie es der von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung von angedrohten und vorgetäuschten Straftaten (Bundestagsdrucksache 14/7616) und der vom Bundesrat eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zum verbesserten Schutz der Öffentlichkeit vor angedrohten und vorgetäuschten Straftaten („Trittbrettfahrergesetz“ Bundestagsdrucksache 14/8201) vorgesehen haben?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 55.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

Wird die Bundesregierung für den Fall des Ausbleibens oder des verzögerten Eintretens der von der Bundesregierung prognostizierten Einspareffekte durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für die Kommunen ab 2005 aus dem Bundeshaushalt Mittel für den Ausbau des Betreuungsangebotes für unter dreijährige Kinder bereitstellen, und wenn ja, bis zu welcher Höhe?

6. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

Wird die Bundesregierung die für den Fall der Umsetzung der von Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Regierungserklärung vom 25. März 2004 vorgeschlagenen Abschaffung der Eigenheimzulage bis 2010 frei werdenden Mittel in Höhe von 4 Mrd. Euro zusätzlich zu den prognostizierten Einsparungen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in den Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes investieren, und wenn ja, ab wann?

7. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Bedarf es für die im Reiseschutzpass der RS Reise-Schutz AG enthaltene Verpflichtungserklärung für gegebenenfalls entstehende Aufenthalts- und Rückführungskosten im Sinne der §§ 82, 84 Ausländergesetz (AuslG) einer Erlaubnis nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) oder dem Gesetz über das Kreditwesen (KWG), und war die RS Reise-Schutz AG für den Betrieb eines derartigen Versicherungs- bzw. Garantiegeschäftes zugelassen?

8. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Handelt es sich bei der Übernahme von Aufenthalts- und Rückführungskosten nach §§ 82, 84 AuslG jedenfalls dann um ein aufsichtspflichtiges Versicherungsgeschäft nach §§ 1, 5 VAG bzw. um ein Garantiegeschäft nach § 1 KWG, wenn nicht der Reisende, sondern ein sich in Deutschland befindlicher Gastgeber/Einlader den Reiseschutzpass für einen ausländischen Reisenden kauft und somit der Vertragspartner wird?

9. Abgeordneter
Günter Baumann
(CDU/CSU)

Aus welchem Grund wird in dem am 17. Dezember 2003 in Kraft getretenen Entschädigungserfüllungsgesetz der Anspruch auf Auszahlung einer „steckengebliebenen Entschädigung“ zwar erstmals gesetzlich geregelt, den Betroffenen aber nur bis zum

16. Juni 2004 Zeit eingeräumt, diesen Anspruch beim zuständigen Vermögensamt geltend zu machen?

10. Abgeordneter **Günter Baumann** (CDU/CSU)

Wie viele Anträge auf Auszahlung einer steckengebliebenen Entschädigung sind bislang bei den Vermögensämtern eingegangen, und mit wie vielen neuen Anträgen ist bis zum Stichtag 16. Juni 2004 zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

11. Abgeordneter **Dr. Christoph Bergner** (CDU/CSU)

In welcher Form wurden die Ergebnisse der Gespräche, die Bundeskanzler Gerhard Schröder Ende Januar 2002 mit dem Chef des Bombardier-Konzerns, Laurent Beaudoin, und dem Chef der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn, über die Zukunft des Waggonbaustandortes Ammendorf führte, festgehalten, und wo sind diese Gesprächsergebnisse dokumentiert?

12. Abgeordneter **Dr. Christoph Bergner** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass wesentliche Ergebnisse des in Frage 11 genannten Gesprächs, die Bundeskanzler Gerhard Schröder am 28. Januar 2002 in der Belegschaftsversammlung des Waggonbaubetriebes Ammendorf verkündete, wie Errichtung eines Schulungszentrums am Standort, Aufbau eines Dienstleistungszentrums ergänzend zur Schienenfahrzeugproduktion, Ansiedlung von Zulieferern am Standort mit Hilfe der „Marktmacht“ des Bombardier-Konzerns nachfolgend nicht in Angriff genommen wurden?

13. Abgeordneter **Ulrich Petzold** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die vom sachsen-anhaltischen IG-Metall Chef, Hartmut Meine, in der „Mitteldeutschen“ Zeitung vom 22. März 2004 erklärte Absicht für aussichtsreich und unterstützungswürdig, durch eigene – von externen Sachverständigen und Unternehmensberatern – erarbeitete Konzepte zur Sicherung des Standortes den Schienenbaustandort Ammendorf zu erhalten, wodurch der Bombardier-Konzern bewegt werden soll, Kapazi-

täts- und Auftragsumschichtungen unter den Bombardierstandorten zugunsten von Ammendorf vorzunehmen?

14. Abgeordneter **Ulrich Petzold** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Falle einer Schließung des Bombardierstandortes Ammendorf die Möglichkeit einer Rückforderung staatlicher Fördermittel durch Land und Bund?

15. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wie viele Handwerksgesellen haben seit dem 1. Januar 2004 die Altgesellenregelung in Anspruch genommen oder von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich ohne Meisterbrief in einem Gewerk der neuen Anlage B 1 der Handwerksordnung selbständig zu machen, und wie hoch ist die Zahl der Geschäftsaufgaben von Meisterbetrieben der Anlagen A und B 1 seit In-Kraft-Treten der neuen Handwerksordnung?

16. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wie viele so genannte Ich-AG's wurden seit dem 1. Januar 2004 gegründet, und in welchen Gewerken des Handwerks sind diese vor allem tätig?

17. Abgeordnete **Hannelore Roedel** (CDU/CSU)

Wie wirkt sich die mit dem Job-AQTIV-Gesetz eingeführte Frauenförderung aus, und welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen werden hier ergriffen?

18. Abgeordnete **Hannelore Roedel** (CDU/CSU)

Wie erfolgte die Berechnung der Zielquote für den Zugang von Frauen zur aktiven Arbeitsförderung vor Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes 2002, und wie hat sich die Berechnungsgrundlage und damit auch die errechnete Zielquote nach Einführung des Gesetzes verändert?

19. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe von 126,1 Mio. Euro im Einzelplan 09 (Bundeshaushalt 2004/Geschäftsbereich Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) auch aus der Titelgruppe 12 „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zu erbringen?

20. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Welche Regelung für die Zukunft strebt die Bundesregierung für das an die Strukturhilfe gekoppelte Beihilfenregime nach Artikel 87 des EG-Vertrages („Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“) an?

21. Abgeordnete **Rita Pawelski** (CDU/CSU)

Warum werden zukünftig Bildungsmaßnahmen durch die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit zentral ausgeschrieben, und nach welchen Kriterien werden die ausgeschriebenen Lose zugeschnitten?

22. Abgeordnete **Rita Pawelski** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat das oben genannte Verfahren der Ausschreibung und Vergabe auf die Beschäftigtensituation bei Bildungsträgern, bzw. ist mit einer Abnahme des Stammpersonals zugunsten einer vermehrten, kostengünstigen und abgabefreien Honorartätigkeit zu rechnen?

23. Abgeordneter **Hans-Joachim Fuchtel** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund der geplanten Verbesserung der Kundenorientierung der Arbeitsagenturen nicht eine eventuelle Samstags-Öffnung der Arbeitsagenturen erwogen, und welche Haltung nimmt sie gegenüber einer Ausweitung der Öffnungszeiten der Arbeitsagenturen auf den Samstag ein?

24. Abgeordneter **Georg Girisch** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die von Ministerialrat Dr. F. W. H. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bei einer Informationsveranstaltung zu den „Innovationsregionen“ am 16. März 2004 im Weidener Postkeller getroffene Einschätzung, dass es sich bei der Oberpfalz um den „Ostarsch der Republik“ handelt (vgl. Berichterstattung der Zeitung „Der neue Tag“ am 18. März 2004), und ist sie der Meinung, dass derartige Äußerungen eines Vertreters eines Bundesministeriums dazu geeignet sind, in der so bezeichneten Region ein positives Klima für Investitionen zu schaffen?

25. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Wann startet das von der Bundesregierung zuletzt im Hightech-Masterplan angekündigte Programm „Pro Inno“, das Ende vergangenen Jahres abrupt gestoppt worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

26. Abgeordneter **Gerald Weiß (Groß-Gerau)** (CDU/CSU)

Welche Priorität hat für die Bundesregierung die Sicherung der Arbeitsplätze und der landwirtschaftlichen Existenzen in der Zuckerwirtschaft, und welche Positionen zur Zuckermarktordnung leitet sie daraus ab?

27. Abgeordnete **Patricia Lips** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die geltende EU-Zuckermarktverordnung unverändert fortgelten muss, bis konkrete Anpassungen auf Grund der welthandelsrechtlichen Rahmenbedingungen (WTO/Zucker-Panel) und der von der EU eingegangenen Präferenzabkommen notwendig sind?

28. Abgeordneter **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der Erzeugerpreise für Milch?

29. Abgeordneter **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU)

Welchen politischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung für eine Verbesserung der Erzeugerpreise für Milch in Deutschland?

30. Abgeordneter **Roland Gewalt** (CDU/CSU)

Distanzieren sich Renate Künast, seit 12. Januar 2001 Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, und Claudia Roth, seit 24. März 2003 Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt (AA), inzwischen von ihrem in der Zeitung „die tageszeitung“ am 21. März 2001 veröffentlichten, heute noch im Internet unter www.freilassung.de eingestellten „Aufruf für die sofortige Freilassung und für die Abschaffung des § 129a“ Strafgesetzbuch zugunsten inzwischen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilter Terroristen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 2004), und wenn nein, warum nicht?

31. Abgeordneter **Roland Gewalt** (CDU/CSU)

Hatten die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, und die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im AA, Claudia Roth, eigene Erkenntnisse, die die in ihrem Aufruf erhobene Forderung nach Aufhebung der Haftbefehle gegen die Angeklagten rechtfertigen, und wenn ja, haben sie ihre Erkenntnisse den zuständigen Stellen mitgeteilt?

32. Abgeordneter **Stefan Müller (Erlangen)** (CDU/CSU)

Seit wann ist die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, Bürgerin der „Republik Freies Wendland“ (siehe www.Bundesregierung.de), und ist sie noch Inhaberin des Passes der „Republik Freies Wendland“?

33. Abgeordnete **Monika Brüning** (CDU/CSU)

Sind der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, und der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im AA, Claudia Roth, vor dem Hintergrund ihres „Aufrufs für die sofortige Freilassung und für die Abschaffung des § 129a“ das Geständnis eines der Angeklagten im Januar 2002 bekannt, an einem Sprengstoffanschlag und zwei Attentaten beteiligt gewesen zu sein (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Januar 2002), und wenn ja, welche Konsequenzen haben sie daraus gezogen?

34. Abgeordnete **Monika Brüning** (CDU/CSU)

Haben die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, und die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im AA, Claudia Roth, sich bei den Opfern der Anschläge bzw. deren Angehörigen zwischenzeitlich für ihren Aufruf entschuldigt, insbesondere nach dem Geständnis eines der Angeklagten bzw. der Verurteilung der Terroristen zu hohen Haftstrafen, und wenn nein, warum nicht?

35. Abgeordnete **Antje Blumenthal** (CDU/CSU)

Hält Bundeskanzler Gerhard Schröder es für angemessen, dass Renate Künast als Bundesministerin weiter seinem Kabinett angehört, obwohl sie mit ihrem „Aufruf für die sofortige Freilassung und für die Abschaffung des § 129a“ Strafgesetzbuch die sofortige Freilassung von teils geständigen, inzwischen

zu hohen Haftstrafen verurteilten Terroristen fordert und ihr Aufruf heute noch im Internet eingestellt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

36. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Gab und gibt es Schwierigkeiten und Differenzen bei der Abfassung des Merkblatts für die ärztliche Untersuchung der Berufskrankheit 1317, und wenn ja, welche Probleme traten dabei auf?

37. Abgeordnete **Gerlinde Kaupa** (CDU/CSU)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Internetseiten, die Drogen und Drogenzubehör über den Internethandel verbreiten, und welche rechtlichen Verschärfungen der bestehenden gesetzlichen Reglementierungen im Betäubungsmittelgesetz zur Bekämpfung des Internethandels mit Drogensubstanzen und Drogenzubehör sieht die Bundesregierung vor?

38. Abgeordnete **Gerlinde Kaupa** (CDU/CSU)

Welches rechtliche Vorgehen plant die Bundesregierung, um der im Jahresbericht 2003 des Internationalen Suchtstoffkontrollrates geforderten Vereinheitlichung der Rechtsnormen zur Regelung des Internethandels mit Drogen und Drogenzubehör nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

39. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)

Trifft die auf Angaben der Bahn-Gewerkschaft Transnet gestützte Berichterstattung des „Bielefelder Westfalenblattes“ zu, wonach die Deutsche Bahn AG (DB AG) plant, bis Ende 2005 die Zahl der Fahrkartenschalter von derzeit ca. 700 auf 440 zu reduzieren, so dass Fahrkarten künftig nur noch an großen Bahnhöfen am Schalter verkauft werden können, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf die ihr aus Artikel 87e des Grundgesetzes entstehende Verpflichtung, dem

Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz Rechnung tragen zu müssen, die Auswirkungen dieser Planung auf die Versorgung im ländlichen Raum?

40. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung in diesem Falle, insbesondere im Hinblick auf ältere oder nicht mobile Menschen, gegen diese Planungen zu unternehmen?

41. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)

Welche Kosten-Nutzen-Relation hätte der wegen fehlender Mittel aus der gescheiterten Einführung der LKW-Maut gestoppte Ausbau der Autobahn A 66 zwischen Wiesbadener Dreieck und Krifteler Dreieck im Vergleich zu anderen Verkehrsprojekten, die jetzt gebaut werden?

42. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)

Nach welchen quantifizierbaren Kriterien hat die Bundesregierung die Auswahl getroffen, welche Verkehrsinvestitionen trotz der Mautausfälle jetzt getätigt werden und welche nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

43. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Öffentlichkeit und die Wirtschaft stärker auf den Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) aufmerksam zu machen und dadurch private Sponsoren für den GFATM zu gewinnen?

44. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)

Inwieweit sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, die Beiträge der Europäischen Union an den Globalen Fonds zu erhöhen?

45. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(FDP)

Wird die Bundesregierung dem Aufruf der US-Regierung, dass zwei Drittel des Gesamtbudgets des GFATM von Gebern anderer Länder gestellt werden müssen, folgen, da sonst dem GFATM statt der im US-Haushaltsplan geplanten 547 Mio. US-Dollar nur 488 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt werden, und ihren Beitrag für den GFATM entsprechend erhöhen?

46. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(FDP)

Wird die Bundesregierung ihre Beiträge für den GFATM von 35 447 761 US-Dollar im Jahr 2004 bis 31. Juli 2004 bezahlen, da die USA die bis zum 31. Juli 2004 eingegangenen Gelder als Grundlage für die Berechnung ihres Beitrages nutzen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

47. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über so genannte Ehren-Strafen in der Türkei, insbesondere solche, die sich gegen Frauen richten (Süddeutsche Zeitung vom 19. Januar 2004)?

48. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Welche konkreten Erwartungen hat die Bundesregierung an die Türkei in Bezug auf die Aufnahme abgelehnter türkischer Asylbewerber und abzuschiebender türkischer Staatsbürger beziehungsweise ehemaliger türkischer Staatsbürger (Süddeutsche Zeitung vom 23. Januar 2004)?

49. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)

Waren dem Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, und Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der Ernennung von Claudia Roth zur Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt (AA) deren heute noch im Internet unter www.freilassung.de eingestellter „Aufruf für die sofortige Freilassung und für die Abschaffung des § 129a“ Strafgesetzbuch bekannt, mit dem sie die sofortige Freilassung von inzwischen zu hohen Haftstrafen verurteilten Terroristen fordert, und wie ist ihr Aufruf mit dem Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im AA zu vereinbaren?

50. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Eignung von Claudia Roth für das Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im AA im Hinblick auf ihre damalige Unterstützung des in Frage 49 genannten Aufrufs?

51. Abgeordneter **Stefan Müller (Erlangen)** (CDU/CSU)

Hält die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im AA, Claudia Roth, an ihrer Erklärung fest, der Bundesnachrichtendienst (BND) sei eine „ebenso gefährliche wie überflüssige Behörde“ (Pressemitteilung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. September 1996, Nr. 792/96), und inwieweit hält sie es für notwendig, sich bei den Mitarbeitern des BND für diese Erklärung zu entschuldigen?

52. Abgeordnete **Antje Blumenthal** (CDU/CSU)

Erhält die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im AA, Claudia Roth, die 1996 in einer Pressemitteilung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Auflösung des parlamentarisch kontrollierten BND, „dieser ebenso gefährlichen wie überflüssigen Behörde“ (Pressemitteilung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. September 1996, Nr. 792/96), gefordert hat, diese Erklärung aufrecht?

53. Abgeordneter **Ralf Göbel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Ermittlungen des Bundesgrenzschutzes im Zuge der Visa-Erschleichung durch ukrainische Staatsangehörige an der Deutschen Botschaft in Kiew ergeben haben, dass ein Mitarbeiter des AA für 12 000 „unsaubere Visaerteilungen“ verantwortlich ist und gegen diesen Mitarbeiter ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde?

54. Abgeordneter **Ralf Göbel** (CDU/CSU)

Wenn ja, wie hat das AA darauf reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

55. Abgeordneter **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in einem Interview der „Berliner Zeitung“ vom 25. März 2004 geäußerte Sorge des Leiters der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden, dass die so genannten Trittbrettfahrer, die sich aus einem falschen Alarm einen makabren Spaß machen, die Angst der Bevölkerung vor Terroranschlägen unverantwortlich steigern, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über „Trittbrettfahrer“ in Deutschland im Umfeld der jüngsten Terroranschläge in Madrid vor?*)

56. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2003 an den Landesgrenzen der Bundesrepublik Deutschland und an den Außengrenzen der Europäischen Union tot aufgefunden worden?

57. Abgeordnete **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Für welchen Zeitpunkt plant das Bundesministerium des Innern (BMI) die Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensustests, der im Rahmen des „Gesetzes zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus“ (Bundestagsdrucksache 14/5736) am 5. Dezember 2001 eingeleitet wurde, der im Jahr 2003 hätte abgeschlossen werden sollen, und dessen Ergebnisse dem BMI laut Antwort des Staatssekretärs im BMI, Dr. Göttrik Wewer, vom 19. März 2003 auf meine schriftliche Frage mit der Arb.-Nr. 3/161 auf Bundestagsdrucksache 15/2791 bereits vorliegen?

58. Abgeordnete **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wann genau ist dem BMI der Bericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder über die Ergebnisse des Zensustests zugegangen?

59. Abgeordnete **Dorothee Mantel** (CDU/CSU)

Welche Kompetenzen sollen dem neu zu schaffenden EU-Terrorismus-Beauftragten nach Meinung der Bundesregierung zustehen?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

60. Abgeordnete
Dorothee Mantel
(CDU/CSU)

Mit welchen Zugängen zu Informationen nationaler Behörden und Nachrichtendienste muss der Beauftragte nach Ansicht der Bundesregierung ausgestattet sein, um effizient arbeiten zu können?

61. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Haben außer dem Bundesministerium der Verteidigung (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Hans-Georg Wagner, auf meine mündliche Frage 48 für die Fragestunde am 24. März 2004, Plenarprotokoll 15/99, S. 8886 f.) weitere Bundesministerien für sich und ihre jeweiligen nachgeordneten Bereiche das Aussetzen der leistungsbezogenen Besoldung sowie Einstellungsstopps verfügt bzw. geplant, und wenn ja, in welchem Umfang?

62. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass aus Personalmangel Transitgepäck am Frankfurter Flughafen ohne Kontrolle an innerdeutsche Zielflughäfen weitergeleitet wird, und welche Sicherheitsmaßnahmen wurden insoweit im Hinblick auf die Terrorismusbedrohung getroffen?

63. Abgeordneter
Matthias Sehling
(CDU/CSU)

Gab es vor März 2000 persönliche Kontakte zwischen der Leitungsebene des BMI und/oder Mitarbeitern des BMI im Referat A6 und A2 und H. K.?

64. Abgeordneter
Matthias Sehling
(CDU/CSU)

Warum hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, nicht darauf bestanden, die Klausel „in dubio pro libertate“ im so genannten Volmer-Erlass herauszunehmen, nachdem er gegenüber dem AA die Auffassung vertrat, dass der Grundsatz „in dubio pro securitate“ verfolgt werden sollte, und ihm dies zugesichert wurde (laut der Antwort des Staatssekretärs im BMI, Göttrik Wewer, vom 27. Februar 2004 auf die schriftliche Frage 28 des Abgeordneten Clemens Binninger auf Bundestagsdrucksache 15/2635), damit auch die Botschaften den Erlass nicht dem Wortlaut nach interpretieren, und wie wurden die Auslandsvertretungen über diese „Auslegung“ des AA gegenüber dem BMI in Kenntnis gesetzt?

65. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)

Hat der Bundesminister des Innern Kenntnis von Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Köln im Zusammenhang mit der Schleuserproblematik gegen Bedienstete seines Hauses (Berliner Zeitung vom 24. März 2004), und wenn ja, was ist Gegenstand dieser Ermittlungen?

66. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)

Weshalb hat der Bundesminister des Innern bislang bestritten, dass Bedienstete seines Hauses von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren betroffen sind (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Hans-Peter Kemper zur Frage 31 des Abgeordneten Ralf Göbel in der Fragestunde am 10. März 2004, Plenarprotokoll 15/96, S. 8577 A)?

67. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse darüber, ob die Bürger der „Republik Freies Wendland“ sich uneingeschränkt zum Gewaltmonopol des Staates der Bundesrepublik Deutschland bekennen, insbesondere ob sie jegliche Gewalt im Kampf gegen die Kernenergie ablehnen?

68. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)

Wer ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Aussteller des Passes der „Republik Freies Wendland“, und unter welchen Voraussetzungen wird dieser Pass ausgestellt?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333